MATTHIAS JUNG/MARTIN WENGELER

Wörter – Argumente – Diskurse

Was die Öffentlichkeit bewegt und was die Linguistik dazu sagen kann

Abstract

Der Beitrag versucht, eine der Möglichkeiten auszuloten, die Interessen der Öffentlichkeit und der Sprachwissenschaft in Verbindung zu bringen. Im Bereich gesellschaftlich relevanter Diskussionen besteht diese Möglichkeit darin, über besonders prominente Einzelwörter hinaus solche Diskussionen als „Diskurs“ aufzufassen und diesen mit verschiedenen sprachwissenschaftlichen Methoden zu analysieren. Diskurs wird dabei als Menge aller Äußerungen zu einem gleichen Thema aufgefaßt, die für die Forschung in reflektiert zusammengestellten Textkorpora zugänglich zu machen sind. Am Beispiel des Migrationsdiskurses wird veranschaulicht, wie eine korpusbasierte, empirische Diskurslinguistik begründete Aussagen über die Verwendung von Wörtern machen kann, die die Öffentlichkeit im doppelten Sinne „bewegen“, wie die argumentative Funktion öffentlicher Sprachthematisierungen systematisch zu erfassen ist und wie über die Wortschatzanalyse hinaus argumentative Muster öffentlicher Diskurse in ihrem Stellenwert für ein öffentliches Themenfeld beschrieben werden können. Abschließend werden die bisherige öffentliche Resonanz auf entsprechende linguistische Forschungsergebnisse erörtert sowie die Chancen eines Forschungsansatzes, der einerseits öffentlich interessierende Themen aufgreift und andererseits diese methodisch reflektiert begleitet und analysiert. Insgesamt scheinen hier wie in anderen linguistischen Teilbereichen die Weichen für eine stärker öffentlichkeitsrelevante Linguistik bereits gestellt. Damit beginnt die germanistische Linguistik, aus der „selbstverschuldeten öffentlichen Unmündigkeit“ der Germanistik auszubrechen und ihr Themenfeld in der Öffentlichkeit nicht mehr anderen zu überlassen, die weniger seriös arbeiten bzw. deren Kompetenzen andere sind.

1. Einleitung

- (1) Über die Bezeichnung „Gastarbeiter“ sind weder die Erfinder noch die Betroffenen glücklich. Zu nahe liegt die Assoziation „Fremdarbeiter“ [...].
- (2) Schon vor Jahren merkte ein Türke bei einer Tagung lakonisch an: „Bei uns läßt man Gäste nicht arbeiten.“

- (3) Ohnehin gaukelt der Ausdruck den Schein eines Provisoriums vor, während tatsächlich nicht wenige der sogenannten Gäste hier recht selbsthaft werden. (DIE WELT 24.11.1970)
- (4) Der Begriff „Asylant“ schließlich hat mittlerweile einen durchaus diskriminierenden Klang und
- (5) assoziiert [...] weniger Mitgefühl als der Begriff „Flüchtling“, den wir in anderen Ländern finden. (Konrad Weiß, GRÜNE, am 4.9.1991 im Bundestag)
- (6) Die Ausdrücke „Asylantenflut“, „Asylantenströme“, „Dämme gegen Asylanten“, „Springflut“, „Zeitbombe“ sind sprachliche Bilder, in denen eine Entfremdung gegenüber Flüchtlingen, ihre Entmenslichung nicht nur zum Ausdruck kommt, sondern mit denen diese auch geschaffen wird. (Burkhard Hirsch, FDP, am 25.9.1991 im Bundestag)
- (7) Es wird von Asylmißbrauch geredet, obwohl die meisten gar kein Asyl bekommen und sie es wohl auch kaum mißbrauchen, wenn sie nur einen Antrag stellen. Das Asylrecht wird dagegen massiv von unserer Regierung mißbraucht, um Stimmung gegen Flüchtlinge zu machen. (FRANKFURTER RUNDSCHAU 19.11.1992)

Sprachliche Aspekte gesellschaftlich wichtiger Diskussionen interessieren die Öffentlichkeit immer wieder, und zwar so sehr, daß Sprecherinnen und Sprecher sie ausdrücklich thematisieren. In den Eingangszitaten, die wir alle dem exemplarisch herausgegriffenen Themenfeld der Einwanderungsdiskussion entnehmen, stecken „laienlinguistische“ Aussagen wie:

- Sprachteilhaber lehnen ein Wort ab, weil es mit einem anderen assoziiert wird => (1)
- Ein Wort ist ‘unlogisch’ => (2)
- Ein Wort erzeugt eine falsche Realitätssicht => (3)
- Es hat ein Sprachwandel stattgefunden („mittlerweile“) => (4)
- Ein bestimmter Sprachgebrauch weicht in verschiedenen Ländern voneinander ab => (5)
- Metaphorik hat eine bestimmte Wirkung („Entmenslichung“) => (6)
- Die Verwendung eines Wortes durch bestimmte Gruppen ist unangemessen => (7)

Solche Aussagen spiegeln das Sprachwissen des einzelnen Sprechers und seine impliziten Sprachtheorien wider. Ihre Kristallisationspunkte sind fast immer bestimmte Wörter, vermutlich wegen deren materieller Gegebenheit.

Wer in einer bestimmten Themendiskussion sprachliche Aspekte herausgreift, macht meist Aussagen zu Semantik und Gebrauch einzelner Wörter, bewertet ihre Angemessenheit und Wünschbarkeit, spricht Wör-

tern Indikatorfunktion für bestimmte Gruppen und Meinungen zu oder vermutet Sprachlenkung bei der Durchsetzung bestimmter Ausdrücke. Solche Sprachthematisierungen zeigen auch, daß intuitiv oder bewußt das soziologische und sprachtheoretische Diktum von der „sprachlichen Konstruktion sozialer Wirklichkeit“ in der Öffentlichkeit eine Rolle spielt. Um die eigene Wirklichkeitssicht durchzusetzen, werden Ausdrücke und Redeweisen des politischen Gegners explizit als falsch oder manipulativ oder interessegeleitet angegriffen. Implizit oder explizit geht es bei diesen Aussagen um die mit den Bezeichnungen konstituierte Wirklichkeit und die Wirkungen von Sprache: Wörter führen zu bestimmten, meist unerwünschten Einstellungen, Meinungen, Verhaltensdispositionen und damit auch zu bestimmten Handlungen.

Es ist also nicht eigentlich das Wort oder die Sprache „an sich“, die in solchen Auseinandersetzungen die Öffentlichkeit bewegen, sondern diese Äußerungen stehen immer im Kontext einer Diskussion um eine bestimmte Sache, bei der sprachliche Aspekte lediglich Mittel zum Zweck sind.¹ Es läuft den lebensweltlichen Interessen der jeweiligen Sprecher deshalb zuwider, sprachliche und inhaltliche, wortbezogene und meinungsbezogene Aspekte zu trennen.

Mit den Beispielen ist auch kurz umrissen, worauf wir uns im folgenden konzentrieren werden und worum es uns in diesem Beitrag geht: Wir beschäftigen uns mit *sprachlichen* Aspekten der *politischen* Diskussion. Es stehen nicht Diskussionen im Vordergrund, bei denen die Sprache als Ganze oder in einem bestimmten Register der Gegenstand der Debatte ist (z.B. Expertensprache, Sprachverfall).² Wir behandeln auch nicht die Auseinandersetzungen, in denen sprachliche Themen selber zum Politikum werden, wie bei der Diskussion um die Rechtschreibreform, bei der feministischen Sprachkritik oder bei sprachethischen Fragen, die mit dem Stichwort „political correctness“ verbunden sind.³ Unser Interesse konzentriert sich hier auf linguistisch zugängliche Aspekte gesellschaftlich relevanter Diskussionen in bestimmten Themenfeldern – Diskussionen, in denen die öffentlich wahrgenommene „Wirklichkeit“ in z. T. kontroverser Weise sprachlich konstruiert wird. Obwohl hier der Wortschatz einen naheliegenden und wichtigen Zugang bietet, möchten wir zeigen, daß man

¹ Vgl. hierzu auch Busse 1991, S. 45 f.; Linke/Voigt 1994, S. 20; Wengeler 1996, S. 414.

² Das heißt auch, daß es nicht um solche Themen geht, die üblicherweise in nicht politisch interessierten Sprachglossen behandelt werden. Vgl. dazu z. B. Müller 1994. Zu einer begrifflichen Differenzierung des Untersuchungsgegenstands „Politik und Sprache“ vgl. Burkhardt 1996b.

³ Vgl. hierzu die Beiträge von Eroms und Schoenthal im vorliegenden Band; zu linguistischen Aspekten der Debatte um die „politische Korrektheit“: Hoffmann 1996, Jung 1996c, Wimmer 1997.

in mehreren Hinsichten über eine rein lexikologische Analyse hinausgehen muß.

2. Ansatz und Methode

Gehen wir einmal davon aus, daß es für eine Wissenschaft wünschenswert ist, die Gesellschaft zu erreichen und daß die Linguistik mit der Untersuchung der von der Öffentlichkeit selbst thematisierten sprachlichen Aspekte dieses Ziel realisieren kann, dann bleibt zunächst die Frage: Wie lassen sich linguistische Expertise und das Einlassen auf kontroverse Inhalte in einem sprachwissenschaftlichen Rahmen verbinden? Anders gefragt: Wie kommt die Linguistin von den Wörtern zu den tatsächlichen Sprecherinteressen bzw. zu den Inhalten der themengebundenen Diskussion selbst?

Ein möglicher Weg ergibt sich aus folgender Überlegung: Wörter existieren nicht an sich, sondern werden jeweils als Elemente von größeren Äußerungseinheiten realisiert, die im gleichen Zusammenhang mit gleichem Sinn immer wieder auftauchen, aber keineswegs mit Satzgrenzen zusammenfallen müssen. Die den thematisch gebundenen Einzeläußerungen („tokens“) zugrundeliegenden Aussagen, Behauptungen, Argumente, Topoi oder wie immer man diese abstrakt-inhaltlichen Einheiten definiert und benennt, stellen zwar eine prinzipiell offene Menge dar, erweisen sich in der Praxis einer bestimmten öffentlichen Diskussion aber doch als ein begrenztes Inventar von „types“.

Jede dieser typischen Aussagen steht in ihrer individuell realisierten Äußerungsform zwangsläufig im Zusammenhang eines Textes, aber diese Aussagen nehmen doch gleichzeitig immer über Grenzen des einzelnen Textes hinaus Bezug auf andere Äußerungen zum gleichen Thema. Wörter, die die Öffentlichkeit bewegen, sind folglich in ein chronologisches Äußerungs- bzw. Aussagegeflecht mit unbestimmter historischer Ausdehnung, in einen *Diskurs* eingebunden.⁴

Nun ist der Diskursbegriff sicherlich sehr schillernd und vielfältig, und es gilt zu zeigen, daß aus der Einführung des Diskursbegriffes auch tatsächlich ein linguistischer Ertrag resultiert. Vorgängig ist aber ein anderes Problem: Angesichts der Vagheit der Kriterien „thematischer Bezug“ und „Aussage-Einheit“ stellt sich die Frage, ob ein bestimmter thematisch definierter Diskurs, etwa die europapolitische Diskussion, die Globalisierungsdebatte oder eben der „Migrationsdiskurs“, aus dem eingangs Beispiele zitiert wurden, linguistisch überhaupt greifbar ist.

⁴ Zu diesem Diskursverständnis vgl. Busse 1987, Busse/Teubert 1994, Böke 1996a, Jung 1996a.

⁵ Die beiden folgenden Schaubilder sind leicht adaptiert aus Jung 1996a übernommen und werden dort genauer erläutert.

Schaubild 1: Diskurs als Korpus themengebundener Aussagen $A_1 - A_n$ ⁵

Diskurs als in Texten realisiertes Aussagenkorpus $A_1 - A_n$

- $A_1 - A_n$ Menge aller Aussagen (Topoi, Argumente ...) des Diskurses A
 $B_1 - F_n$ Aussagen aller Diskurse B-F
 A_1 , etc. in einem späteren Text wiederaufgenommene Aussage A_1
 Text_1 , etc. Wiederaufnahme des Textes T_1 in einem späteren Text
 Z_0, Z_n Anfangs-, Endzeitpunkt eines Diskurses
 $Z_1 - Z_n$ Zeitpunkt 1-...
 $\text{Text}_1 - \text{Text}_n$ Menge aller zu einem bestimmten Zeitpunkt Z produzierter Texte
- } Intertextualität

Aus unserer Sicht kann die Antwort auf diese berechtigten Fragen nur eine korpuslinguistische sein: Ein bestimmter Diskurs bleibt in seiner Totalität als Menge aller Äußerungen zum gleichen Thema zwar eine abstrakte Entität, wird aber ausschnittshaft in Textkorpora zugänglich, und zwar in Korpora, die methodisch reflektiert zusammenzustellen und sy-

stematisch zu analysieren sind (vgl. Schaubild 2). Von möglichst vielen bzw. möglichst großen Teilwürfeln kann dann einigermaßen verlässlich auf den Gesamtwürfel zurückgeschlossen werden, dessen scheinbare Wohlabgegrenztheit gegenüber anderen Diskursen natürlich eine modellbedingte Fiktion heuristischen Charakters ist.

Schaubild 2: Diskurs als Textkorpus

Dieses korpusbezogene, nicht zuletzt forschungspraktische Diskursverständnis, das im Bereich der germanistischen Linguistik von Busse, Hermanns und Teubert⁶ vertreten wird, befindet sich einerseits international in guter Gesellschaft, schaut man etwa nach Frankreich oder in den angelsächsischen Raum.⁷ Andererseits kann es dazu dienen, Entwicklungen zu fokussieren, die sich im Bereich der germanistischen Linguistik seit den späten 70er Jahren fast unbemerkt etabliert haben, selbst wenn das Etikett „Diskurs“ fehlt.

Ein gewisser Trend zu stärker themenorientiertem und klar korpusbasiertem Vorgehen läßt sich nämlich bei wortorientierten Forschungsvor-

⁶ Vgl. z. B. Busse/Teubert 1994, Hermanns 1995.

⁷ Für Frankreich vgl. etwa die Entwicklung der Zeitschrift *Mots*; allgemein zur Diskursanalyse im internationalen Vergleich (mit Schwerpunkt auf der Analyse von Gesprächskorpora) vgl. Ehlich 1994.

haben zur Gegenwartssprache schon seit knapp 20 Jahren beobachten. Als Anfangspunkt mag die Kritik der herkömmlichen Lexikographie, die Fritz Hermanns 1980 in seinem Aufsatz „Brisante Wörter“ formulierte, gelten: Am IDS wurde neun Jahre später von Strauß/Haß/Harras ein „Lexikon des öffentlichen Sprachgebrauchs“ unter genau diesem Titel, nämlich „Brisante Wörter“ publiziert. Bezeichnenderweise ist es nicht mehr streng alphabetisch aufgebaut, sondern in drei Themengebiete gegliedert, und im Unterschied zum Verfahren in klassischen Sprachwörterbüchern werden historische und sachliche Zusammenhänge expliziert. Spannt man den Bogen zum jüngst am IDS erschienenen „Wörterbuch der Wendezeit“ von Herberg/Steffens/Tellenbach (1997), wird deutlich, daß die Auflösung der klassischen lexikologischen Beschreibungstradition fortgeschritten ist – für einen bestimmten Bereich der Wortforschung wohlgemerkt, nämlich bezeichnenderweise dort, wo es um „die Öffentlichkeit bewegende“ Wörter geht.

An großen gesellschaftlichen Debatten orientieren sich auch die „Konroversen Begriffe“ von Stötzel/Wengeler u. a. (1995). Das Vorgehen ist hier nicht lexikographisch. Die, wie es im Untertitel heißt, „Geschichte des öffentlichen Sprachgebrauchs in der Bundesrepublik Deutschland“ ist eine Abfolge linguistisch-zeitgeschichtlicher Längsschnitte einzelner Themenbereiche. Detaillierte Wortlisten ermöglichen jedoch auch einen wortalphabetischen Zugang. Ähnlich verhält es sich mit anderen „diskursgeschichtlichen“ Untersuchungen, die im gleichen Forschungskontext entstanden sind.⁸

Es gibt eine ganze Reihe weiterer Untersuchungen, die sich auf ein bestimmtes thematisch definiertes Korpus und insofern auch auf einen bestimmten Diskurs konzentrieren. Dabei werden zum Teil linguistische Einzelaspekte (vgl. z. B. Steyer 1997), zum Teil thematische Einzelaspekte (vgl. z. B. Burkhardt 1996a) analysiert, zum Teil wird eine bestimmte Themendiskussion umfassend mit mehr oder weniger engem sprachwissenschaftlichem Bezug untersucht (vgl. z. B. Wesel 1991).

Bleiben wir bei dem Beispiel des Migrationsdiskurses, um einen Eindruck von der Vielfalt zu geben: Der Düsseldorfer Sammelband zum Thema (Jung/Wengeler/Böke 1997) vereinigt Arbeiten aus dem DFG-Sonderforschungsbereich „Sprache und Situation“ aus Mannheim und Heidelberg (Galliker, Rettig, Wagner u. a.), Arbeiten einer Koblenzer Forschungsgruppe um Josef Klein, aus der „Wiener Schule“ um Ruth Wodak, aus einer „Ruhrgebietsgruppe“ um Jürgen Link bzw. Siegfried Jäger sowie Aufsätze der HerausgeberInnen.

⁸ Vgl. Wengeler 1992, Jung 1994, Böke/Liedtke/Wengeler 1996, Musolf 1996, Hahn 1998.

Es ist hier weder der Ort noch der Raum, um die methodisch sehr unterschiedlichen Ansätze, die wortbezogen, grammatisch-semantisch, argumentationsanalytisch, textlinguistisch, gesprächsanalytisch, metaphern- bzw. symbolorientiert, diachronisch ebenso gut wie synchronisch vorgehen, genauer darzustellen, gegeneinander abzugrenzen oder im Hinblick auf ihren sprachwissenschaftlichen Ertrag zu bewerten. Es kommt uns hier auf die Gemeinsamkeiten an, als da sind:

- Abweichen von der semantisch-lexikologischen Beschreibungstradition
- Untersuchung von öffentlich relevanten Themenfeldern/Diskursen
- historisch-chronologische Darstellungselemente
- zeitgeschichtliche Erläuterungen
- über Wörter hinausgehendes Interesse
- korpuslinguistischer Ansatz

Diese Entwicklung bietet die Chance, die sonst oft stark divergierenden Interessen der Öffentlichkeit und der Sprachwissenschaft für den Bereich der gesellschaftlich relevanten Diskussionen zu verbinden. Und angesichts der durch neue Entwicklungen im computertechnischen Bereich enorm gewachsenen Zugriffsmöglichkeiten auf Korpora zum öffentlichen Sprachgebrauch sind solche empirischen Ansätze heutzutage auch sehr viel praktikabler als früher. Ohne das große Wort vom Paradigmenwechsel zu bemühen, kann man hier eine langfristige Tendenz sehen.

Wir möchten im folgenden am Beispiel des Migrationsdiskurses veranschaulichen, wie eine korpusbasierte, empirische Diskurslinguistik im Hinblick auf den öffentlich relevanten Wortschatz und stärker inhaltsbezogene Analyseverfahren vorgehen *kann*.

3. Beispiele: Wörter und Argumente im Migrationsdiskurs

3.1 Wörter im Migrationsdiskurs

Die eingangs zitierten sprachbezogenen Aussagen aus der öffentlichen Diskussion lassen sich als Fragen an die Linguistik verstehen, und zwar meist als Fragen nach Ursprung, Entwicklung, Gebrauch und Wirkung bestimmter Wörter. Auf diese Fragen gilt es, kompetente Antworten zu finden – Antworten, die über das hinausgehen müssen, was professionell sprachensible Sprecher wie Journalisten, DeutschlehrerInnen oder SchriftstellerInnen aus ihrem reflektierten Sprachgefühl heraus formulieren würden.

Eine sehr vordergründige „Verfachlichung“ wäre es, die thematisierten Wörter einfach als Vorwand zu nehmen, sprachwissenschaftliches Wissen zu reproduzieren. Daß das umstrittene Wort *Asylant* etwa innerhalb der Gruppe der Nomina agentis mit dem Lehnsuffix *-ant* zu den desubstanti-

vischen Bildungen und nicht zu den häufigeren deverbativen bzw. zu den substantivisch gebrauchten Partizipialformen gehört, erlaubt es zwar, sich als Linguist zu profilieren, ist aber hier völlig irrelevant, solange kein Bezug zur öffentlich bewegenden Frage nach den Assoziationen, Absichten und Wirkungen im Zusammenhang mit der Verwendung dieser Personenbezeichnung hergestellt wird.

Einen anderen Typ von Antwort hat die linguistische Sprachkritik gegeben, die an exemplarischen Analysen umstrittener Äußerungen bzw. Vokabeln Grundsätzliches zum Funktionieren von Sprache in der politischen Kommunikation dargelegt hat. Der ausdrücklich popularisierend angelegte Band von Hans Jürgen Heringer (1990) über Sprache, Politik und Moral mag als ein die vorangegangenen Arbeiten zusammenfassender Höhe- und Endpunkt dieser Richtung gelten. Die Einsichten der linguistischen Sprachkritik sind heute genau so aktuell wie in den vorangegangenen Jahrzehnten, doch kann ihre wiederholende Bestätigung an immer neuen Beispielen alleine kaum befriedigen. Selbstverständlich müssen diese Einsichten weiterhin in der Öffentlichkeit propagiert werden, aber es stellt sich die Frage, inwiefern die Linguistik auch darüber hinausgehen kann. Denn einerseits flüchtet sich die linguistische Sprachkritik manchmal in Allgemeinheiten, wo der Laie zumindest auch konkrete Stellungnahmen und inhaltliche Bewertungen erwartet. Andererseits besteht die Gefahr, daß engagierte Stellungnahmen zu reinen politischen Meinungsäußerungen werden, die lediglich linguistisch terminologisiert sind. Und nicht zuletzt ist zu fragen, inwieweit durch die Beschäftigung mit der Laienlinguistik⁹ sprachwissenschaftlich neue Erkenntnisse gewonnen werden können.

Ein Punkt erweist sich beim Versuch, Inhalte und Analyse zu verbinden, als ein echter Stolperstein für die linguistische Sprachkritik. Bei Aussagen zu den Assoziationen bestimmter Wörter, zu ihrer Entstehung, Üblichkeit, Verbreitung hat der Rekurs auf das „Sprachgefühl“, auf die sonst durchaus mit wissenschaftlicher Dignität behaftete Introspektion des Linguisten ebensowenig Beweiskraft wie die Stütze einer These durch isolierte Belege. Auch die Wörterbücher helfen nicht weiter, weil sie zu oberflächlich und undifferenziert sind.¹⁰

Laienlinguistische Aussagen zu Wörtern erfolgen innerhalb eines thematisch bestimmten Diskurses, beziehen sich auf diesen und müssen auch empirisch-diskurslinguistisch beantwortet werden, d. h. konkret mit Hilfe einschlägiger, möglichst umfassender und breit geschütteter Korpora, die im Idealfall auch Fach- und Alltagskommunikation zum Thema abbilden.

⁹ Vgl. zu einer „Laiensemantik“ Wichter 1994 sowie allgemein zur Wissenschaftlichkeit des Untersuchungsgegenstandes „Laienlinguistik“ Antos 1966.

¹⁰ Diese Problematik wird am Beispiel linguistischer Aussagen im Zusammenhang mit der Debatte um die Atomenergie detailliert in Jung 1994 dargelegt.

Bildlich, unter Bezug auf das Würfelmodell (vgl. Schaubild 2) gesprochen, könnte man sagen, daß in einem solchen Fall die Konturen des Gesamtwürfels hinreichend deutlich werden.

Auf der Basis einschlägiger Korpora können abgesicherte Aussagen darüber getroffen werden, ob bei *Asylant* negative Kontexte dominieren, ob die Bedrohungsmetaphorik mit Wellen und Fluten in der Migrationsdiskussion tatsächlich allgemein charakteristisch ist¹¹, welche Gruppe mit welcher Meinung wann welchen Sprachgebrauch pflegt bzw. gepflegt hat usw. Es lassen sich auf diese Weise auch mikrodiachronische Studien zu einzelnen Wörtern realisieren – Studien, die einerseits mit klassischen Verfahren der lexikographischen Analyse oder der Erstbelegsammlung und -sicherung arbeiten, andererseits Ausbreitungspfade detailliert rekonstruieren.¹² Für solche Verfahren ist nicht zuletzt eine intensive Auseinandersetzung mit den verschiedenen juristischen, politischen und historischen Teilaspekten des jeweiligen Themengebietes notwendig, sprich die betreffenden Linguistinnen und Linguisten müssen auch eine echte Kompetenz in der verhandelten Sache gewinnen.

Die empirisch untermauerten Antworten auf laienlinguistische Aussagen werden vieles zurechtrücken, was aus individueller Sprachsensibilität heraus geäußert wird, manches bestätigen, zum Teil auch zu ganz neuen linguistisch bedeutsamen Erkenntnissen gelangen. In diskursgeschichtlichen Untersuchungen wird beispielsweise deutlich, daß das eingangs thematisierte Wort *Gastarbeiter* unterschiedliche Pejorisierungs-/Meliorisierungszyklen durchlaufen hat, daß der Ausdruck *Flüchtling* nach dem 2. Weltkrieg in Deutschland zum Teil Schimpfwortcharakter hatte, daß die Bezeichnung *Asylant* natürlich viel älter als die jüngste heftige Asyl Diskussion ist und in den 60er Jahren in der Presse ganz neutral verwendet wurde, daß im österreichischen Migrationsdiskurs Anfang der 90er Jahre nicht bei *Asylant*, sondern eher bei *Flüchtling* die negativen Kontexte dominieren, daß in der Schweiz *Fremdarbeiter* bis heute „problemlos“ weiterverwendet wird.¹³ Hier kann man mit vielen konkreten Beispielen überzeugend öffentliche Sprachmeinungen zum Teil widerlegen, zum Teil relativieren, immer aber präzisieren, bei der Gelegenheit grundsätzliche Einsichten vermitteln und interessantes empirisches Material für Sprachwandel und die Sprachgeschichtsschreibung sammeln.

Klar müssen aber auch die Grenzen der „Linguistisierbarkeit“ von Sprachinteressen in öffentlichen Diskussionen sein: Diese Grenzen sind

¹¹ Vgl. dazu Böke 1997.

¹² Vgl. Wengeler 1992, Jung 1994, die verschiedenen Kapitel in Stötzel/Wengeler u. a. 1995, Böke/Liedtke/Wengeler 1996 sowie Jung 1997.

¹³ Vgl. Wengeler 1995, Böke 1996b, Jung 1997. Zu Österreich: Matouschek/Wodak/Januschek 1996.

mit Aussagen über mentale Wirkungen und konkrete Handlungsfolgen bestimmter Ausdrucksweisen erreicht. So etwas wie eine Wortwirkungsfor-schung mit Voraussagequalitäten gibt es nicht und kann es nicht geben. Mit Hilfe der Linguistik lassen sich keine Sprachhoroskope stellen. Bestenfalls können einzelne Forscherinnen und Forscher auf der Basis kommunikationstheoretischer Annahmen über mögliche Folgen eines bestimmten öffentlichen Sprachgebrauchs spekulieren. Das ist dann aber auch als individuelle Vermutung zu kennzeichnen und keine wissenschaftlich abgesicherte Aussage.

3.2 Argumente und Topoi

Eine empirisch gut untermauerte Linguistik, die sich auf die Untersuchung des Wortschatzes der politischen Diskussion beschränkt, kommt den Interessen der Öffentlichkeit an der Sprache jedoch nur partiell entgegen. Denn wie gesehen, ist es ja zumeist gar nicht „die Sprache an sich“, die die Öffentlichkeit interessiert. Deshalb sollten linguistische Untersuchungen berücksichtigen, daß in öffentlich-politischen Auseinandersetzungen Sprachthematisierungen fast immer bewußt oder unbewußt im Dienste von Argumenten pro oder contra eine bestimmte Überzeugung oder eine politische Position stehen und daß auch der Gebrauch von thematisierten und nicht-thematisierten „Schlüsselwörtern“ im Kontext von Argumentationsmustern zu betrachten ist.¹⁴

Im folgenden werden Vorschläge gemacht, wie die argumentative Funktion öffentlicher Sprachthematisierungen systematisch erfaßt werden kann (3.3) und wie über die Wortschatzanalyse hinaus argumentative Muster öffentlicher Diskurse in ihrem Stellenwert für ein öffentliches Themenfeld beschrieben werden können (3.4). Vorab ist allerdings etwas zur Begrifflichkeit zu sagen.

Als Argumente oder Argumentationsmuster werden nicht nur explizite, nach den Standards guten oder richtigen Argumentierens überzeugende Argumente aufgefaßt, sondern auch in Aussagen implizit enthaltene und also durch die Analyse erst interpretativ zu erschließende Muster, die argumentative Wirkungen entfalten, ohne daß der Sprecher/Schreiber „sauer“ argumentiert hat. Auch unvollständige Realisierungen vollständiger Argumentationsmuster sind nämlich wirkungsvoll oder überzeugungskräftig, weil die vollständige Argumentation vom Sprecher stillschweigend mitgemeint und vom Rezipienten mitgedacht wird. Solche ausgeführten oder angespielten, angedeuteten Argumente können ebenso wie immer wiederkehrende zentrale Schlüsselwörter, mit denen sie realisiert

¹⁴ Zu Schlüsselwörtern bzw. politischen Leitvokabeln und ihrem argumentativen Potential vgl. Klein 1989, Niehr 1993, Hermanns 1994, Liebert 1994 sowie Böke 1996c.

werden, als *Argumentationsmuster* linguistisch analysiert werden. Zu ihrer Analyse eignet sich der rhetorische Topos-Begriff, nicht in dem auf Curtius beruhenden bildungssprachlichen Verständnis als zu einem sprachlichen Klischee geronnener Gemeinplatz oder als eine Art literarisches Motiv, sondern als vielseitig verwendbarer, für den Argumentierenden bereitliegender Sachverhaltszusammenhang, der zur argumentativen Begründung konkreter zur Diskussion stehender Positionen herangezogen wird.¹⁵

3.3 Systematik öffentlicher Sprachthematisierungen

Um im Anschluß an die vorhergehenden Überlegungen (in 3.1) zunächst beim argumentativen Stellenwert sprachlicher Thematisierungen zu verbleiben: Sprachbezogene Argumente können als eine eigene spezielle Unterklasse politischer Argumentationen betrachtet werden, die ihre Plausibilität aus den unterstellten und oft auch zutreffenden allgemeinen Sprachhaltungen oder speziellen Überzeugungen zu Gebrauch und Bedeutung bestimmter Wörter herleiten.¹⁶ Daher lohnt sich der Versuch einer Klassifikation von Sprachthematizationen anhand der sprachlichen Aspekte, auf die sich solche Argumente berufen.

Eine Systematik sprachbezogener Argumentationen kann einerseits für die Öffentlichkeit die Vielfalt entsprechender Sprach-Argumente durchschaubarer machen. Sie kann andererseits bei der Analyse von Diskursen zeigen, welche dieser sprachlichen Argumentationstopoi für bestimmte Themenbereiche typisch sind. Daraus wiederum lassen sich Schlußfolgerungen bezüglich der öffentlichen Sprachauffassungen, die überhaupt virulent sind und die für bestimmte Themenbereiche dominant sind, ziehen. Indem dies gezeigt wird, können Rezipienten zu einer kritischeren Haltung gegenüber oft zunächst originell und plausibel wirkenden Sprachargumentationen gebracht werden und sich die verschiedenen sprachlichen Aspekte bewußt halten, die bei solchen sprachkritischen Äußerungen eine Rolle spielen. Denn viele dieser Berufungen auf bestimmte sprachliche Aspekte, nach denen die Typologie solche sprachkritischen Äußerungen

¹⁵ Zur Begründung des hier zugrundegelegten Verständnisses von Argumentationsmuster und Topos, das auch vereinbar ist mit Aristoteles' Begründung des Topos-Begriffs, vgl. insbesondere Bornscheuer 1976, Kopperschmidt 1991, Kienpointner 1992, Herbig 1993 und Wengeler 1997.

¹⁶ In argumentationstheoretischer Diktion könnte man auch sagen: Sie stellen eine eigene „Begründungssprache“, einen eigenen „Gegenstandsbereich“ oder ein eigenes „kategoriales Sprachsystem“ dar, so wie es etwa auch einen ethischen, rechtlichen oder religiösen Gegenstandsbereich gibt: Vgl. dazu u. a. Göttert 1978, S. 4 ff. und Kopperschmidt 1989, S. 143 ff. Im sprachlichen „Gegenstandsbereich“ wird allerdings i. d. R. vermischt mit anderen „Begründungssprachen“ argumentiert.

unterscheidet, halten einer sprachwissenschaftlichen Prüfung nicht stand auch wenn einige mehr Berechtigung beanspruchen können als andere. Berechtigt oder nicht, die meisten stützen jedenfalls vor allem das subjektive Normverständnis und Normbedürfnis des Sprechers und legitimieren seine sprachkritisch begründete politische Haltung.

Die Typologie kann hier nicht ausführlich begründet, sondern nur mit Hilfe „sprechender“ Namen der einzelnen sprachthematisierenden „Topoi“ und einzelner Beispiele zumeist aus dem Einwanderungsdiskurs angedeutet werden.¹⁷

1. Berufung auf Wortverwendungs-Konventionen
(*Remotivierung, Etymologie, Duden, Sprachästhetik, Dynamisierung, Geschichte*)
2. Berufung auf die referentielle Funktion von Ausdrücken
(*Richtigkeit, Phantom, Worthülse, Euphemismus, einseitige Perspektive*)
3. Berufung auf den Bewußtsein und Handlungen mit-bestimmenden Charakter von Sprache
(*Biedermann und die Brandstifter, Bewußtseinskonstitution, politische Folgen, Tabu, Eindimensionalität*)
4. Berufung auf den strategischen / kämpferischen Aspekt von Sprache
(*Schlagwort, Begriffe besetzen, politischer Gegner, Sprachverwirrung*)
5. Berufung auf die emotive Funktion sprachlicher Zeichen
(*Betroffenheit, Schimpfwort, Umwertung, Assoziation, Retourkutsche*)
6. Berufung auf die sozial- und mentalitätsgeschichtliche Funktion von Sprache
(*Indikator*).

Folgendes läßt sich mit Hilfe dieser Topoi z. B. im Einwanderungsdiskurs beobachten: Der *Remotivierungs*- und der *Euphemismus-Topos* sind für den Einwanderungsdiskurs Anfang der 70er Jahre besonders typisch, wobei vor allem der Ausdruck *Gastarbeiter* immer wieder kommentiert wird (vgl. die Eingangs-Beispiele unter (1)–(3)). Das häufige Vorkommen des *Topos der politischen Folgen* in verschiedenen Zeitabschnitten verweist auf den jeweils brisanten Charakter des Themas (vgl. im Anhang Beispiel I 5). Der *Topos Biedermann und die Brandstifter* richtet sich in den letzten Jahren der Auseinandersetzung um die Einwanderung häufig gegen die Verwendung abwertender oder als abwertend empfundener Ausdrücke wie *Asylant* oder *Wirtschaftsflüchtling*. Auch der *Indikator-Topos*

¹⁷ Konkrete Textbeispiele, in denen einige der Topoi realisiert sind, finden sich im Anhang I. Aus Platzgründen vertrauen wir im Hinblick auf die Verständlichkeit der Typologie auf diese Beispiele und die Namen der Topoi. Im übrigen müssen wir auf die genauere Darstellung und Diskussion in Wengeler 1996 und 1998 verweisen.

spielt in den letzten Jahren in dieser Debatte eine Rolle, besonders in der Kommentierung des Ausdrucks *multikulturelle Gesellschaft* (vgl. im Anhang das Beispiel I 9).

3.4 Systematische Einbeziehung von Argumentationsmustern

Diese Systematisierung und Untersuchung der argumentativen Funktion von Sprachthematizierungen in einem bestimmten Diskurs verbleibt jedoch nur bei den thematisierten Ausdrücken und betrachtet „Schlüsselwörter“ bestimmter Diskussionen nicht in ihrem gesamten argumentativen Kontext. Außerhalb enger lexikographischer Darstellungsrestriktionen erscheint aber eine Bedeutungsangabe umstrittener öffentlicher Ausdrücke kaum sinnvoll, ohne die Funktionsweise dieser Ausdrücke in wiederkehrenden Argumentationen, in Argumentationsmustern zu berücksichtigen.

Denn gerade in öffentlich-politischen Debatten „funktionieren“ Wörter allgemein und „Schlüsselwörter“ solcher Diskurse im besonderen nur innerhalb argumentativer Zusammenhänge. Diese bilden in einem thematischen Diskurs ein begrenztes Inventar von Argumentationsmustern. Durch die qualitativ und quantitativ verfahrenende Analyse von Argumentationstopoi bzw. -mustern lassen sich öffentliche Auseinandersetzungen zu einem Thema in verschiedenen Zeiträumen auf ihre dominanten „Denkfiguren“ hin untersuchen. Dies kann zusätzlich zu oder gemeinsam mit der Analyse der realitätskonstitutiven Leistung einzelner Ausdrücke und Metaphern geschehen.

So konnte festgestellt werden, daß der Einwanderungsdiskurs in der bundesrepublikanischen Presse sowohl Anfang der 70er wie Anfang der 80er Jahre dominiert war von rein wirtschaftlichen Kosten/Nutzen-Erwägungen.¹⁸ In beiden Zeiträumen spielen aber auch humanitär-moralische Betrachtungsweisen, die sich (z. T. paternalistisch) um das Wohlergehen und die Gleichbehandlung der Einwandernden sorgen, eine wichtige Rolle (vgl. im Anhang die Textbeispiele II 2 und 3). Als drittes wird Einwanderung mit unterschiedlichen Befürchtungen bezüglich der Anwesenheit und Zunahme der Einwanderer verbunden. Diese letzte Betrachtungsweise verstärkt sich Anfang der 80er Jahre: Argumentationsmuster, die die Anwesenheit der Einwandernden als gesellschaftlich schwerwiegendes Problem ansehen, treten vermehrt auf. Die Perzeption der Einwanderung als Belastung und Gefahr für die deutsche Gesellschaft hat deutlich zugenommen (vgl. im Anhang II 4 und 5). Daneben tritt verstärkt das Argumenta-

¹⁸ Auch diese Ergebnisse können in diesem Rahmen nur sehr vereinfacht wiedergegeben werden. Zu genaueren Erläuterungen der Topoi und der quantitativen Analyseergebnisse vgl. Wengeler 1997. Um das Gesagte nachvollziehbar zu machen, finden sich im Anhang II Textbeispiele, die die erwähnten Topoi beinhalten.

tionsmuster, Einwandernde mißbrauchten deutsche Rechte oder soziale Leistungen (vgl. Anhang II 6), während Gerechtigkeits-Erwägungen in Richtung rechtlicher und politischer Gleichbehandlung im Vergleich zum Anfang der 70er Jahre eine geringere Rolle spielen.

Eine solchermaßen die diskurslinguistische Untersuchung von Einzelwörtern ergänzende Argumentationsanalyse kann sicherlich nicht die öffentliche Resonanz finden wie das Kürten von Wörtern oder Unwörtern des Jahres, sie kann aber etwas beitragen, den öffentlichen Bedarf an der Durchschaubarkeit politischer Debatten zu befriedigen, und sie kann zusammen mit Wort- und Metaphernanalyse die sprachliche Konstruktion öffentlicher „Wirklichkeiten“ zeigen und bewußt halten.

4. Vermittlung der Ergebnisse in der Öffentlichkeit

In der bisherigen Darstellung wurden bereits rezipientenorientierte Ansprüche deutlich, die eine geeignete Vermittlung der sprachwissenschaftlichen Forschungsergebnisse zumindest für sprachinteressierte Teilöffentlichkeiten bzw. für wichtige Sprechergruppen herausfordern, wollen sie nicht als reine „fromme Wünsche“ in der Fachöffentlichkeit steckenbleiben. Grundsätzlich kann es wohl nur so sein, daß solche Forschung insbesondere professionell mit Sprache Beschäftigten vermittelbar ist, die wiederum über ihre Multiplikatoren-Funktion Ausschnitte aus den Forschungsergebnissen weitergeben können. Zu denken ist dabei auf der einen Seite an Politiker und Journalisten. Zum zweiten sind es Deutschlehrer und Deutsch-als-Fremdsprache-Lehrende, die solche Forschungsergebnisse vermitteln könnten, wobei DaF-Lehrende die damit verbundenen sprachgeschichtlichen Forschungen auch für den landeskundlichen Unterricht verwenden können. Diese potentiellen Multiplikatoren-Leistungen sollten die Forschenden allerdings nicht davon entlasten, allgemeiner verständliche Darstellungsformen zu finden, z. B. auch in speziellen auf die Öffentlichkeit zugeschnittenen Aufbereitungsformen.

Solche Ansprüche der Vermittlung linguistischer Erkenntnisse aus dem Forschungsfeld „öffentliche, politische Sprache“ oder auch „Sprachgeschichte der Gegenwart“ sind natürlich nicht auf die hier vorgestellten Düsseldorfer Untersuchungen beschränkt. Ähnliche Ziele verfolgen etwa die Linguistinnen und Linguisten, die sich mit Sprach- und Kommunikationsproblemen nach der sog. Wende 1989 beschäftigen, einschlägige Projektgruppen am IDS oder die seit 1986 bestehende Arbeitsgemeinschaft Sprache in der Politik, die mit regelmäßigen Tagungen und Publikationen versucht, „die Öffentlichkeit“ zu erreichen.¹⁹ Einen besonderen Stellen-

¹⁹ Zur Nach-Wende-Forschung vgl. erste Überblicke bei v. Polenz 1993 und Hellmann 1994; zu IdS-Publikationen vgl. die bereits erwähnten Titel Strauß/Haß/

wert hat die gesellschaftliche Relevanz der eigenen Untersuchungsergebnisse auch für Vertreterinnen und Vertreter der sogenannten „Kritischen Diskursanalyse“, die, was die Präsenz in den Medien angeht, mit ihren Publikationen zumeist recht erfolgreich wirken.²⁰ Da wir die öffentliche Reaktion auf die Bemühungen dieser Gruppen aber nicht kompetent beurteilen können, beschränken wir uns im folgenden darauf, Reaktionen auf unsere eigenen bisherigen Publikationen zum referierten Bereich „die Öffentlichkeit bewegender“ Sprachphänomene im Hinblick auf die genannten Vermittlungsansprüche zu erörtern.

Da die Thematik „Öffentlicher Sprachgebrauch“ „zu groß und zu wichtig für eine bloß universitäre Debatte“ sei (RHEINISCHE POST 26.7.1996), werden Düsseldorfer Publikationen und Vorträge „Wissenschaftlern, Politikern, Journalisten und sprachkritischen Laien, ja allen politisch mitdenkenden Bürgern zur Lektüre“ empfohlen (Erich Straßner in: SOCIOLINGUISTICA 10/1996) und gelten als Beispiel, daß die Linguistik „heraus aus dem Elfenbeinturm“ geht (HESSISCH-NIEDERSÄCHSISCHE ALLGEMEINE 20.9.1997). Didaktisch interessierte Besprechungen sprechen unseren Untersuchungen zum öffentlichen Sprachgebrauch einen Nutzwert in den Bereichen Gesellschaftswissenschaften und Deutsch in der Oberstufe zu und empfehlen sie für die Vermittlung politischer Landeskunde im Bereich „Deutsch als Fremdsprache“.²¹

Die Verständlichkeit der Darstellung für Nicht-Fachler wird dabei zwar unterschiedlich, aber doch zumeist positiv eingeschätzt: Publikationen unserer Forschungsergebnisse werden des öfteren als gut lesbar und spannend geschrieben bezeichnet. Obwohl einerseits bescheinigt wird, sie kämen „ohne den berühmt-berüchtigten Linguistenjargon“²² aus, gibt es auch die gegenläufige Kritik, daß sich „gerade Sprachwissenschaftler [...] ein bißchen mehr Mühe geben [sollten], sich verständlich auszudrük-

Harras 1989 und Herberg/Steffens/Tellenbach 1997; die Publikationen der AG Sprache in der Politik sind Burkhardt/Hebel/Hoberg 1989, Liedtke/Wengeler/Böke 1991, Reiher/Läzer 1993, Reiher 1995, Diekmannshenke/Klein 1996, Klein/Diekmannshenke 1996.

²⁰ Vgl. u. a. Link 1992, Jäger/Janussek 1992, Jäger 1993, Jäger/Link 1993, Matouschek/Wodak/Janussek 1995. International sind als Vertreter der „Critical Discourse Analysis“ u. a. Namen wie Teun van Dijk, Gunter Kress, Norman Fairclough zu nennen.

²¹ Vgl. die Rezensionen von Bertold Flierl in Forum Politik-Unterricht Nr. 3/1995, von Christoph Sauer bzw. Hajo Diekmannshenke in Informationen Deutsch als Fremdsprache 2–3/1996, von Yves Bertrand in: Nouveaux Cahiers d'Allemand 13 (1995) und von Britta Hufeisen in Deutsch als Fremdsprache 33 (1996).

²² Berthold Flierl in Forum Politik-Unterricht Nr. 3/1995. Vgl. etwa auch die Besprechungen in Informationen Deutsch als Fremdsprache 2–3/1996, Sprachreport 4/1995 und in der „Zeitschrift für bündnisgrüne Politik“ Schrägstrich Mai/Juni 1995, S. 44 f., sowie Süßmuth 1996, S. 15.

ken“²³, während einer anderen Rezensentin die „mitunter für wissenschaftliche Texte ungewöhnliche Ausdrucksweise“ auffällt (DEUTSCH ALS FREMDSPRACHE 33 (1996), S. 254). Diese Stimmen mögen andeuten, wie schwierig die Gratwanderung zwischen Schreiben für die Fachwelt und Schreiben für die Öffentlichkeit ist.²⁴

Bezüglich eines allgemeinen sprach-aufklärerischen Anspruchs ist die Einschätzung in einer Radiosendung erfreulich, die dem Bemühen unserer Arbeit, in konkreten gesellschaftlich-politischen Zusammenhängen die „realitätskonstitutive Kraft der Sprache“ aufzuzeigen, bescheinigt, „ein Stück Aufklärung“ zu leisten: Alten und aktuellen „ideologischen“ Verständnissen von Sprache als Stifterin einer nationalen kulturellen Identität (Sprache führe zum „Kern der geistig-kulturellen Existenz eines Volkes“ und sei „sozusagen ein ‘genetischer Fingerabdruck’ der unverwechselbaren kulturellen Identität“) werde damit entgegengetreten²⁵. In ähnlicher Richtung wird unser Band „Kontroverse Begriffe“ von einer Politikerin als „Beitrag zur politischen Kultur in unserem Gemeinwesen“ gewertet in dem Sinne, daß er „die Freiheit des öffentlichen Sprechens und die Verantwortung für unseren Umgang mit Sprache und Sprechern“ als „Grundbedingungen einer pluralistischen, demokratischen Gesellschaft“ (Süssmuth 1996, S. 17 f.) bewußt mache.

Inwieweit über solche Rezensionen hinaus unsere Ergebnisse tatsächlich genutzt und vermittelt werden, können wir allerdings nicht einschätzen. Weder liegen uns Erfahrungsberichte über die unterrichtliche Nutzung der Ergebnisse vor noch ist es uns bisher selbst gelungen, didaktische Vorschläge zur Vermittlung der Ergebnisse zu erarbeiten, geschweige denn zu veröffentlichen. Eigene Erfahrungen haben wir eher mit Vorträgen im Ausland gemacht, bei denen unsere Ergebnisse gerade als Beitrag zur politischen Landeskunde sehr interessiert aufgenommen werden²⁶ sowie mit Vorträgen vor sprachinteressiertem Laienpublikum etwa in Sektionen und Veranstaltungen der Gesellschaft für deutsche Sprache. Die gerade bei solchem Publikum häufige Fixierung auf Einzelwörter konnte dabei oft in fruchtbarer Weise in Frage gestellt und das Interesse in unsere Richtung erweitert werden. Fehlanzeige sind bisher Vortrags- und Vermittlungs-Erfahrungen bei und mit Politikern. Weder verbuchen wir von

²³ Rezension von Hermann Meyn: „Politische Plastikwörter auf Sprachmüllbergen. Sprachgebrauch dokumentiert den Wandel politischen Bewußtseins“ (die Hauptüberschrift bezieht sich auf ein anderes, mitrezensiertes Buch) in Das Parlament Nr. 47/1995.

²⁴ Grundsätzliches dazu bei Biere 1996 und Niederhauser 1997.

²⁵ Andreas Müller in der Sendung „S 2 Buchzeit“ des Süddeutschen Rundfunks, Studio Mannheim am 27.6.1996.

²⁶ Vgl. hierzu Stötzel/Wengeler 1996 sowie Jung 1996b.

dieser Seite Vortragsanfragen noch ist es uns selbst gelungen, Kontakte dorthin aufzubauen.

Eine weitere Vermittlungschance unserer Ergebnisse ist deren Rezeption in tages- und wochenaktuellen Medien. Diese hat zwar stattgefunden, ist aus quantitativer Sicht aber relativ bescheiden. Qualitativ hingegen haben wir wenig Anlaß zur beliebten Wissenschaftlerklage, die ihre Ergebnisse in der notwendig verkürzten Form der medialen Vermittlung zu meist unzulänglich wiedergegeben sieht. Berichte über unsere Arbeiten enthielten jedenfalls eine für den interessierten Zeitungsleser und Rundfunkhörer gut verständliche und nachvollziehbare Darstellung des Gesamtkonzepts der Untersuchungen und von Einzelergebnissen.

Eine bessere Präsenz unserer Ergebnisse in den Medien dürfte demnach eher durch vermehrte eigene, nicht nur individuelle, sondern fachinterne Anstrengungen als durch ein verändertes Journalistenverhalten zu erreichen sein, denn grundsätzlich scheinen Fragestellungen, wie wir sie verfolgen, durchaus auf offene Ohren in „der Öffentlichkeit“ zu stoßen.

Der Ausgang aus der „selbstverschuldeten öffentlichen Unmündigkeit“ der Germanistik²⁷ könnte dann auch dazu beitragen, dem Mythos von der sprachunabhängig gedachten Wirklichkeit etwas entgegenzusetzen, wie er besonders plastisch wird in der aufdringlichen Werbung eines bekannten Nachrichtenmagazins, das verspricht, den Lesern „Fakten, Fakten, Fakten“ zu liefern. Demnach ist der Anspruch an LinguistInnen zurückzuweisen, sie sollten den Medien sagen, wo diese sprachlich die Realität verfehlen, denn damit würde uns kontrafaktisch die Kompetenz zugeschrieben zu sagen, was die „wirkliche Realität“ ist.²⁸ Demgegenüber wäre mit unseren, auch mit den historisierenden Forschungen deutlich zu machen, daß und wie gesellschaftliche, soziale Wirklichkeit sprachlich konstituiert wird, daß dies beständig der Fall ist und auch nicht anders sein kann und daß dies aufgrund von unterschiedlichen Sichtweisen und Interessen auf jeweils heterogene und konkurrierende Weise geschieht. Zu zeigen ist, wie sich bestimmte Sichtweisen durchsetzen und andere im kollektiven Gedächtnis verlorengehen.

5. Folgerungen für die Germanistische Sprachwissenschaft

Trotz der nachweislichen Laien-Rezeption von Arbeiten, die sich mit dem öffentlichen Sprachgebrauch beschäftigen, erscheint es uns angesichts anderer universitärer Prioritäten oft als „Luxus“, für die Vermittlung unse-

²⁷ Kaiser 1997, S. 17; vgl. auch das nachdrückliche Plädoyer des Germanisten und Rektors der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf für eine Öffnung der Geisteswissenschaften in: DIE ZEIT 18.3.1994, S. 45 („Viel Gerede, kein Gespräch“).

²⁸ Vgl. den schönen Graffiti-Spruch: „In Wirklichkeit ist die Realität ganz anders“.

rer Ergebnisse an die Öffentlichkeit Zeit aufzuwenden. Man muß „Überzeugungstäter“ sein, um hier aktiv zu werden.²⁹

Es wäre deshalb unserer Meinung nach falsch, die mangelnde Anerkennung der germanistischen Linguistik in der Öffentlichkeit nur als Defizit der individuellen Vermittlungskompetenz von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern ansehen zu wollen. Appelle, sich verständlicher auszu-drücken und mehr an die Öffentlichkeit zu treten, werden nur begrenzte Wirkung haben, wenn der Vermittlungs- und Verwertungsaspekt nicht bereits in die Konstituierung entsprechender Forschungsschwerpunkte und in die jeweiligen Untersuchungsdesigns eingeht.

Die Rückkoppelung von Grundlagenwissenschaft, gesellschaftlich orientierten Forschungsschwerpunkten, Anwendungsforschung und Vermittlung läßt sich im übrigen durchaus institutionalisieren: Zum Beispiel, wenn die Umsetzung sprachwissenschaftlicher Ergebnisse in Schulungen, Handbüchern, Vortragsreihen zu einem ausdrücklichen Bestandteil einschlägiger Projekte wird, in denen dann auch verschiedene Institutionen zusammenarbeiten.

Wissenschaftliche Dienstleistungen müssen auf einer unabhängigen und vielschichtigen universitären Grundlagenforschung aufbauen, aber die Öffentlichkeits- und Anwendungsperspektive kann umgekehrt auch einen wissenschaftlichen Ertrag haben. Idealerweise regt die Theorie die Praxis an, und die Anwendungsergebnisse treiben ihrerseits die Theoriebildung weiter.

Diskurslinguistische Ansätze im Bereich des öffentlichen Sprachgebrauchs erbringen eine Reihe von empirischen Ergebnissen, die etwa für Sprachwandeltheorie, Sprachgeschichte, Textlinguistik, Stilistik, Lexikologie, insbesondere aber natürlich ganz allgemein für die Soziolinguistik von Bedeutung sind.³⁰

Ein zentrales Problem bei empirisch gut abgesicherter Forschung ist, daß sie Zeit braucht. Die Wissenschaft hinkt somit der Aktualität, die aber für die öffentliche Wirksamkeit unabdingbar ist, zwangsläufig hinterher. Ein themen- oder diskursorientierter Ansatz bietet in diesem Dilemma dann neue Möglichkeiten, wenn wichtige gesellschaftliche Diskurse von offensichtlich anhaltender Relevanz (z. B. Migrationsdiskurs, Wirtschaftsdiskurs, Umweltdiskurs) linguistisch längerfristig verfolgt werden.

Auf der Basis einer solchen mehr oder weniger permanenten Begleitforschung lassen sich dann auch sprachliche Einzelfragen, die plötzlich auftauchen, besser einordnen, schneller und vor allem kompetenter beant-

²⁹ Zu den strukturellen Hintergründen dieser Problematik vgl. z. B. Mackowiak 1994 und Wimmer 1994.

³⁰ Dies versucht Jung 1994 zu zeigen.

worten, was nicht zuletzt eine Frage neuer Kommunikationskanäle und Veröffentlichungsformen ist. Der Aufsatz in einschlägigen Zeitschriften bzw. Sammelbänden kommt zwangsläufig zu spät, während man die eigenen Ergebnisse durch E-Mail-Informationslisten oder die Publikation als Internet-Dokument schnell, kostenfrei und mit vergleichsweise geringem Aufwand einer breiteren Öffentlichkeit (bzw. Mittlern wie Journalisten) zugänglich machen kann.

Nicht zuletzt stellt sich die Frage, inwieweit man aus Forschungsergebnissen konkrete „Handlungsanweisungen“ ableiten kann, die sich als „Kommunikationsoptimierung“ auch im Sinne ihrer Effizienz rechtfertigen müssen. Das ist für den hier behandelten Bereich ungleich schwieriger als etwa für die Spracherwerbsforschung, die forensische Linguistik oder die angewandte Gesprächsanalyse und die Textverständlichkeitsforschung. Dennoch sind für das in unserem Vortrag genauer ausgeführte Beispiel des Migrationsdiskurses konkrete Empfehlungen zu einem behutsamen Gebrauch bestimmter Wörter und sprachlicher Argumente durchaus möglich, etwa im Hinblick auf nicht-diskriminierende Redeweisen, Vermeidung von Wortfetischismus, Abbau von Polarisierungen.

Jede Wissenschaft muß sich heutzutage danach fragen lassen, inwieweit sie auch Service-Leistungen für die Gesellschaft erbringt. Öffentlichkeit allein dadurch herstellen zu wollen, daß man durch reißerische oder originell-witzige Aufbereitung seiner Ergebnisse in die Medien gelangt, scheint uns der falsche Weg. Auch die linguistische Terminologisierung der Sprachglossen und die bessere Präsenz auf den Wissenschaftsseiten der Tageszeitungen reicht nicht aus. *Ein* wichtiges Kriterium für Anerkennung sprachwissenschaftlicher Expertise ist auch, inwieweit diese als Beratungskompetenz wahrgenommen und nachgefragt wird, sprich, inwieweit diese Expertise von öffentlichen Institutionen und privatwirtschaftlicher Seite als so relevant angesehen wird, daß sie nicht nur Medienwissenschaftlern, Psychologen, Politologen, Soziologen und Werbeagenturen, sondern auch Linguistinnen und Linguisten entsprechende Untersuchungs- und Beratungsaufträge erteilen und inwieweit darüber hinaus ein Interesse an der Umsetzung der Ergebnisse in Schulungsseminaren für wichtige Mittler wie Lehrer, Journalisten oder allgemein in der politischen Bildung besteht.

Darüber hinaus bleibt es im Bereich der öffentlichen Diskussion eine ständige Aufgabe, grundsätzliche sprachtheoretische Erkenntnisse und kommunikationsethische Postulate zu vermitteln: die Ablehnung von Deutungsmonopolen, das Widerlegen des Wortfetischismus, Warnungen vor dehumanisierenden Redeweisen oder – übergreifend – die ständige Bewußthaltung der sprachlichen Konstruktion gesellschaftlicher Wirklichkeit. Das sind Anliegen, wie sie von Stötzel, Wimmer und Heringer seit den 70er Jahren wiederholt vorgebracht wurden (Stötzel 1982, Heringer 1982, Wimmer 1986). Diese allgemeinen Erkenntnisse müssen im

Sinne einer öffentlichen Wirksamkeit – ohne Expertenarroganz – immer wieder an aktuellen Beispielen aus der Sprachwelt der angesprochenen Laien dargelegt werden.

In den letzten gut 20 Jahren hat sich auch für den Bereich des öffentlichen bzw. politischen Sprachgebrauchs eine große Zahl von Ansätzen entwickelt, seien sie eher sprachkritisch-exemplarisch, eher empirisch-korpuslinguistisch, eher historisch oder eher grundlagenforschend. Wir konnten die Reichhaltigkeit dieser Ansätze nicht einmal andeutungsweise darstellen³¹; doch scheint uns, daß insofern die Weichen für eine stärker öffentlichkeitsrelevante Linguistik hier wie in anderen linguistischen Teilbereichen, von denen in den anderen Beiträgen dieses Bandes behandelt wird, bereits gestellt sind. Die programmatische Diskussion, die mit dieser Tagung vorangetrieben wird, kann eine Praxis systematisieren und befördern, die unter der Hand bereits gut etabliert ist. Das ist eigentlich eine gute Grundlage dafür, daß die germanistische Linguistik große Teile „ihres“ Feldes in der Öffentlichkeit nicht mehr anderen zu überlassen braucht, die weniger seriös arbeiten bzw. deren Kompetenzen eigentlich andere sind. Erfreulicherweise ist hier aber schon einiges in Bewegung geraten.

Literatur

- Antos, Gerd (1996): Laien-Linguistik. Studien zu Sprach- und Kommunikationsproblemen im Alltag am Beispiel von Sprachratgebern. Tübingen.
- Biere, Bernd-Ulrich (1996): Fachsprachengebrauch und Verständlichkeit. Bemerkungen zum Verhältnis von Wissenschaft und Öffentlichkeit. In: Hennig, Jörg/Meier, Jürgen (Hg.): Varietäten der deutschen Sprache. Frankfurt a. M., S. 213–227.
- Böke, Karin (1996a): Überlegungen zu einer Metaphernanalyse im Dienste einer „parzellierten“ Sprachgeschichtsschreibung. In: Böke/Jung/Wengeler (Hg.), S. 431–452.
- Böke, Karin (1996b): Flüchtlinge und Vertriebene zwischen dem Recht auf die alte Heimat und der Eingliederung in die neue Heimat. In: Böke/Liedtke/Wengeler, S. 131–210.
- Böke, Karin (1996c): Politische Leitvokabeln in der Adenauer-Ära. Zu Theorie und Methodik. In: Böke/Liedtke/Wengeler, S. 19–47.
- Böke, Karin (1997): Die „Invasion“ aus den „Armenhäusern Europas“. Metaphern im Einwanderungsdiskurs. In: Jung/Wengeler/Böke (Hg.), S. 164–193.
- Böke, Karin/Jung, Matthias/Wengeler, Martin (Hg.) (1996): Öffentlicher Sprachgebrauch. Praktische, theoretische und historische Perspektiven. Georg Stötzel zum 60. Geburtstag gewidmet. Opladen.
- Böke, Karin/Liedtke, Frank/Wengeler, Martin (1996): Politische Leitvokabeln in der Adenauer-Ära. Berlin/New York.
- Bornscheuer, Lothar (1976): Topik. Zur Struktur der gesellschaftlichen Einbildungskraft. Frankfurt a. M.

³¹ Einen Forschungsüberblick bietet Diekmannshenke 1997.

- Burkhardt, Armin (1996a): Das Zitat vor Gericht. Linguistische Anmerkungen zur Rezeption eines denk-würdigen Satzes von Kurt Tucholsky. In: Böke/Jung/Wengeler (Hg.), S. 138–173.
- Burkhardt, Armin (1996b): Politolinguistik. Versuch einer Ortsbestimmung. In: Klein/Diekmannschenke (Hg.), S. 75–100.
- Burkhardt, Armin/Hebel, Franz/Hoberg, Rudolf (Hg.) 1989: Sprache zwischen Militär und Frieden: Aufrüstung der Begriffe? Tübingen.
- Busse, Dietrich (1987): Historische Semantik. Analyse eines Programms. Stuttgart.
- Busse, Dietrich (1991): Angewandte Semantik. Bedeutung als praktisches Problem in didaktischer Perspektive. In: Der Deutschunterricht 43, Heft 5, S. 42–61.
- Busse, Dietrich/Teubert, Wolfgang (1994): Ist Diskurs ein sprachwissenschaftliches Objekt? Zur Methodenfrage der historischen Semantik. In: Busse/Hermanns/Teubert (Hg.), S. 10–27.
- Busse, Dietrich/Hermanns, Fritz/Teubert, Wolfgang (Hg.) (1994): Begriffsgeschichte und Diskursgeschichte. Methodenfragen und Forschungsergebnisse der historischen Semantik. Opladen.
- Diekmannschenke, Hajo (1997): Öffentlicher Sprachgebrauch. In: Zeitschrift für Semiotik 19.1–2, S. 149–167.
- Diekmannschenke, Hajo/Klein, Josef (Hg.) (1996): Wörter in der Politik. Analysen zur Lexemverwendung in der politischen Kommunikation. Opladen.
- Ehlich, Konrad (Hg.) (1994): Diskursanalyse in Europa. Frankfurt a. M. etc.
- Göttert, Karl-Heinz (1978): Argumentation. Grundzüge ihrer Theorie im Bereich theoretischen Wissens und praktischen Handelns. Tübingen.
- Hahn, Silke (1998): Zwischen „Einheitsschule“ und „Eliteförderung“. Semantische relevante Phänomene in der Bildungspolitik als Beitrag zu einer Sprachgeschichte der Bundesrepublik. Frankfurt a. M.
- Hellmann, Manfred W. (1994): Ostdeutsch – Westdeutsch im Kontakt. Brücke oder Schranke der Verständigung? In: Terminologie et Traduction 1, S. 105–138.
- Herberg, Dieter; Steffens, Doris; Tellenbach, Elke (1997): Schlüsselwörter der Wendezeit. Wörter-Buch zum öffentlichen Sprachgebrauch 1989/90. Berlin/New York.
- Herbig, Albert F. (1993): Argumentation und Topik. Vorschläge zur Modellierung der topischen Dimension argumentativen Handelns. In: Zeitschrift für Germanistik N. F. 3, S. 584–595.
- Heringer, Hans Jürgen (Hg.) (1982): Holzfeuer im hölzernen Ofen. Aufsätze zur politischen Sprachkritik. Tübingen.
- Heringer, Hans Jürgen (1990): „Ich gebe Ihnen mein Ehrenwort“. Politik, Sprache, Moral. München.
- Hermanns, Fritz (1980): Brisante Wörter. Zur lexikographischen Behandlung parteisprachlicher Wörter und Wendungen in Wörterbüchern der deutschen Gegenwartssprache. In: Germanistische Linguistik 11, S. 87–108.
- Hermanns, Fritz (1994): Schlüssel-, Schlag- und Fahnenwörter. Zu Begrifflichkeit und Theorie der lexikalischen „politischen Semantik“ (=Arbeiten aus dem Sonderforschungsbereich 245, Bd. 81). Heidelberg/Mannheim.
- Hermanns, Fritz (1995): Sprachgeschichte als Mentalitätsgeschichte. Überlegungen zu Sinn und Form und Gegenstand historischer Semantik. In: Gardt, Andreas/Mattheier, Klaus/Reichmann, Oskar (Hg.): Sprachgeschichte des Neuhochdeutschen. Tübingen, S. 69–101.

- Hoffmann, Arne (1996): *Political Correctness. Zwischen Sprachzensur und Minderheitenschutz*. Marburg.
- Jäger, Siegfried (1993): *BrandSätze. Rassismus im Alltag*. 3. Aufl. Duisburg.
- Jäger, Siegfried/Januschek, Franz (Hg.) (1992): *Der Diskurs des Rassismus*. Oldenburg (= OBST H. 46).
- Jäger, Siegfried/Link, Jürgen (Hg.) (1993): *Die vierte Gewalt. Rassismus und die Medien*. Duisburg.
- Jung, Matthias (1994): *Öffentlichkeit und Sprachwandel. Zur Geschichte des Diskurses über die Atomenergie*. Opladen.
- Jung, Matthias (1996a): *Linguistische Diskursgeschichte*. In: Böke/ Jung/ Wengeler (Hg.), S. 453–472.
- Jung, Matthias (1996b): *Migration im europäischen Diskursvergleich*. In: Wierlacher, Alois/ Stötzel, Georg (Hg.): *Blickwinkel. Kulturelle Optik und interkulturelle Gegenstandskonstitution. Akten des III. Internationalen Kongresses für Interkulturelle Germanistik (Düsseldorf 1994)*. München, S. 593–606.
- Jung, Matthias (1996c): *Von der politischen Sprachkritik zur Political Correctness deutsche Besonderheiten und internationale Perspektiven*. In: *Sprache und Literatur in Wissenschaft und Unterricht* 76, S. 18–36.
- Jung, Matthias (1997): *Lexik und Sprachbewußtsein im Migrationsdiskurs. Methode und Ergebnisse wortbezogener Untersuchungen*. In: Jung/Wengeler/Böke (Hg.). S. 194–213.
- Jung, Matthias (1998): „Haken, die man im Finstern nicht sieht“. *Subsistente Normen und der Freiraum des Individuums – eine Fallstudie*. In: *Der Deutschunterricht* H. 3, S. 57–60.
- Jung, Matthias/Wengeler, Martin/Böke, Karin (Hg.) (1997): *Die Sprache des Migrationsdiskurses. Das Reden über „Ausländer“ in Medien, Politik und Alltag*. Opladen.
- Kaiser, Gert (1997): *Germanistik nach 1989: Gesellschaft, Hochschule, Wirtschaft – das Fach vor neuen Herausforderungen im vereinigten Deutschland*. In: *Düsseldorfer Uni-Zeitung* 26, Nr. 2, S. 16–19.
- Kienpointner, Manfred (1992): *Alltagslogik. Struktur und Funktion von Argumentationsmustern*. Stuttgart-Bad Cannstatt.
- Klein, Josef (Hg.) (1989): *Politische Semantik. Bedeutungsanalytische und sprachkritische Beiträge zur politischen Sprachverwendung*. Opladen.
- Klein, Josef; Diekmannshenke, Hajo (Hg.) (1996): *Sprachstrategien und Dialogblockaden. Linguistische und politikwissenschaftliche Studien zur politischen Kommunikation*. Berlin/New York.
- Kopperschmidt, Josef (1989): *Methodik der Argumentationsanalyse*. Stuttgart-Bad Cannstatt.
- Kopperschmidt, Josef (1991): *Formale Topik. Anmerkungen zu ihrer heuristischen Funktionalisierung innerhalb einer Argumentationsanalytik*. In: Ueding, Gert (Hg.): *Rhetorik zwischen den Wissenschaften. Geschichte, System, Praxis als Probleme des „Historischen Wörterbuchs der Rhetorik“*. S. 53–62.
- Liebert, Wolf-Andreas (1994): *Das analytische Konzept Schlüsselwort in der linguistischen Tradition*. (=Arbeiten aus dem Sonderforschungsbereich 245, Bd. 83). Heidelberg/Mannheim.
- Liedtke, Frank; Wengeler, Martin; Böke, Karin (Hg.) (1991): *Begriffe besetzen. Strategien des Sprachgebrauchs in der Politik*. Opladen.

- Link, Jürgen (1992): Die Analyse der symbolischen Komponenten realer Ereignisse. Ein Beitrag der Diskurstheorie zur Analyse neonazistischer Äußerungen. In: Jäger/Januschek (Hg.), S. 37–52.
- Linke, Angelika; Voigt, Gerhard (1994): Sprache kritisieren – Sprachkritik. In: Praxis Deutsch 132, S. 18–22.
- Mackowiak, Klaus (1994): Gibt es Sie wirklich? Zum Verhältnis von Sprachwissenschaft und Öffentlichkeit. In: Mitteilungen des Deutschen Germanistenverbandes H. 3, S. 56–63.
- Matouschek, Bernd/Wodak, Ruth/Januschek, Franz (1995): Notwendige Maßnahmen gegen Fremde? Genese und Formen von rassistischen Diskursen der Differenz. Wien.
- Müller, Wolfgang (1994): Die Lust an der Worthinrichtung. Sprachkritisches Bewußtsein in der Öffentlichkeit. In: ide (Zeitschrift für den Deutschunterricht in Wissenschaft und Schule) 4, S. 42–59.
- Musolff, Andreas (1996): Krieg gegen die Öffentlichkeit. Terrorismus und politischer Sprachgebrauch. Opladen.
- Niederhauser, Jürg (1997): Sprachliche Streifzüge. Populärwissenschaftliches Schreiben über sprachliche Fragen und linguistische Themen. In: Adamzik, Kirsten/Antos, Gerd/Jakobs, Eva-Maria (Hg.): Domänen- und kulturspezifisches Schreiben. Frankfurt a. M., S. 203–222.
- Niehr, Thomas (1993): Schlagwörter im politisch-kulturellen Kontext. Zum öffentlichen Diskurs in der BRD von 1966–1974. Wiesbaden.
- Polenz, Peter von (1993): Die Sprachrevolte in der DDR im Herbst 1989. Ein Forschungsbericht nach drei Jahren vereinter germanistischer Linguistik. In: Zeitschrift für Germanistische Linguistik 21, S. 127–149.
- Reiher, Ruth (Hg.) (1995): Sprache im Konflikt. Zur Rolle der Sprache in sozialen, politischen und militärischen Auseinandersetzungen. Berlin/New York.
- Reiher, Ruth/Läzer, Rüdiger (Hg.) (1993): Wer spricht das wahre Deutsch? Erkundungen zur Sprache im vereinigten Deutschland. Berlin.
- Steyer, Kathrin (1997): Reformulierungen. Sprachliche Relationen zwischen Äußerungen und Texten im öffentlichen Diskurs. Tübingen.
- Stötzel, Georg (1982): Schulbezogene Sprachwissenschaft. Düsseldorf.
- Stötzel, Georg/Wengeler, Martin u. a. (1995): Kontroverse Begriffe. Geschichte des öffentlichen Sprachgebrauchs in der Bundesrepublik Deutschland. Berlin/New York.
- Stötzel, Georg/Wengeler, Martin (1996): Sprachgeschichte als Landeskunde. Ein Projekt zur Erforschung des Wortschatzes der Sprache der Öffentlichkeit in der Bundesrepublik Deutschland. In: Wierlacher, Alois/Stötzel, Georg (Hg.): Blickwinkel. Kulturelle Optik und interkulturelle Gegenstandskonstitution. Akten des III. Internationalen Kongresses für Interkulturelle Germanistik (Düsseldorf 1994). München, S. 383–398.
- Strauß, Gerhard/Haß, Ulrike/Harras, Gisela (1989): Brisante Wörter von Agitation bis Zeitgeist. Ein Lexikon zum öffentlichen Sprachgebrauch. Berlin/New York.
- Süssmuth, Rita (1996): Öffentlicher Sprachgebrauch in der Demokratie – Anmerkungen aus politischer Perspektive. In: Böke/Jung/Wengeler (Hg.), S. 15–18.
- Wengeler, Martin (1992): Die Sprache der Aufrüstung. Zur Geschichte der Rüstungsdiskussionen nach 1945. Wiesbaden.
- Wengeler, Martin (1995): „Multikulturelle Gesellschaft“ oder „Ausländer raus“?

- Der sprachliche Umgang mit der Einwanderung seit 1945. In: Stötzel/Wengeler u. a., S. 711–749.
- Wengeler, Martin (1996): Sprachthematisierungen in argumentativer Funktion. Eine Typologie. In: Böke/Jung/Wengeler (Hg.), S. 413–430.
- Wengeler, Martin (1997): Argumentationsmuster im Einwanderungsdiskurs seit 1945. In: Jung/Wengeler/Böke (Hg.), S. 121–149.
- Wengeler, Martin (1998): Normreflexion in der Öffentlichkeit. Zur Legitimationsbasis sprachlicher Normierungsversuche. In: Der Deutschunterricht H. 3, S. 49–56.
- Wesel, Reinhard (1991): Entwicklungspolitische Rhetorik: Kognitive Strukturen im Phänomenbereich „Dritte Welt“ und ihre 'symbolische Politisierung' zwischen euphorischer Projektion und Bedrohungsängsten. In: Opp de Hipt, Manfred/Latniak, Erich (Hg.): Sprache statt Politik? Politikwissenschaftliche Semantik- und Rhetorikforschung. Opladen, S. 66–90.
- Wichter, Sigurd (1994): Experten- und Laienwortschätze. Umriss einer Lexikologie der Vertikalität. Tübingen.
- Wimmer, Rainer (1986): Neue Ziele und Aufgaben der Sprachkritik. In: Schöne, Albrecht (Hg.): Kontroversen – alte und neue, Band 4. Tübingen, S. 146–158.
- Wimmer, Rainer (1994): Interessierte Öffentlichkeit für die germanistische Linguistik? In: Mitteilungen des Deutschen Germanistenverbandes, H. 3, S. 51–56.
- Wimmer, Rainer (1997): Political Correctness – ein Fall für die Sprachkritik. In: Disselnkötter, Andreas u. a. (Hg.): Evidenzen im Fluß. Duisburg, S. 287–300.

Umfangreiche Projektdokumentationen, Publikationshinweise und aktuelle Informationen zu Düsseldorfer Publikationen zum öffentlichen Sprachgebrauch finden sich im Internet unter: http://www.phil-fak.uni-duesseldorf.de/germl/dfg_proj.htm

Material

I Textbeispiele sprachthematisierender Argumentationstopoi

1 Duden-Topos

[Unter Berufung auf Worterklärungen des Duden Universalwörterbuches (1983) zu aussiedeln, Aussiedler, einwandern und Einwanderer folgt ein Autor, daß es sich]

bei der Gruppe von Zuwanderern, die derzeit in großer Zahl aus der Sowjetunion, Polen etc. als sog. „Aussiedler“ zu uns kommen, also eindeutig nicht um Aussiedler, sondern um Einwanderer [handelt]. Wenn dennoch der geradezu sinnwidrige Gebrauch des Wortes „Aussiedler“ in der Verwaltungssprache festgeschrieben und von dort in die Sprachmuster der Massenmedien aufgenommen wurde, dann kann das nicht nur Gedankenlosigkeit gewesen sein. (Otto, Karl A. 1990: Historische, politisch-moralische und rechtliche Aspekte der Aussiedler-Politik. In: ders. (Hg.): Westwärts – Heimwärts? Aussiedlerpolitik zwischen „Deutschtümelei“ und „Verfassungsauftrag“. Bielefeld, S. 11–68, hier S. 55)

2 Geschichts-Topos

Immer wieder liest man in den Zeitungen Berichte über „Fremdarbeiter“. Dieses Wort oft gedankenlos übernommen aus einer Zeit, in der Hunderttausende von ausländischen Arbeitern in Deutschland zwangsverpflichtet waren wirkt auf die ausländischen Arbeitnehmer häufig verletzend. [...] Man sollte daher [...] das Wort „Fremdarbeiter“ vermeiden! (SPD-Pressdienst 15.6.1961, S. 3)

3 Worthülsen-Topos

Der andere Weg, den Koalitionspolitiker empfehlen, ist der der „Integration“. Das ist ein politisches Schwamm-Wort. Es läßt sich deuten von der Einbürgerung bis hin zu einem unverbindlichen „seid nett zueinander“. (FAZ 23.2.1982, S. 6)

4 Richtigkeits- und Euphemismus-Topos

Die mehr als zwei Millionen Ausländer [...] werden höchst harmlos Gastarbeiter genannt. Der Ausdruck Gastarbeiter lullt die Gemüter ein, weil sich mit ihm die Vorstellung verbindet, es handele sich um eine vorübergehende Erscheinung [...]. Viele von denen, die wir Gastarbeiter nennen, sind kontinuierlich seit sieben Jahren in der Bundesrepublik. (Publik Echo der Zeit 6.2.1970)

5 Topos der politischen Folgen

Auch heute wird der Begriff „Wirtschaftsflüchtling“ oder „Wirtschafts-asylant“ dazu verwendet, Flüchtlingen die Notwendigkeit zur Flucht abzusprechen und ihnen den Mißbrauch des Asylrechts vorzuwerfen. Politiker fast aller Parteien, ihnen voran Bundesinnenminister Zimmermann, versuchen mit dem Begriff „Wirtschaftsflüchtling“ die Menschenrechtsproblematik der De-facto-Flüchtlinge systematisch herunterzuspielen. (Hanns Thomä-Venske in FR 9.3.1989)

6 Tabu-Topos

Durch die Tabuisierung des Begriffs Einwanderung hat sich die deutsche Politik aber lange handlungsunfähig gemacht. (Prantl, Heribert 1993: Hysterie und Hilflosigkeit. Chronik der Asyldebatte seit der deutschen Einheit. In: Blanke, Bernhard (Hg.): Zuwanderung und Asyl in der Konkurrenzgesellschaft. Opladen, S. 301–338, hier S. 307)

7 Schlagwort-Topos

Die vor allem von Journalisten und Politikern betriebene Benennung einiger Probleme im Zusammenhang mit einem gebietsweise hohen Ausländeranteil ist aber zu einem einzigen Schlagwort geronnen: „Das Auslän-

derproblem“. Ein teuflisches Wort, das unterstellt, schon die bloße Anwesenheit von Nicht-Deutschen auf deutschem Grund und Boden sei ein Problem. Ein Wort, das mittlerweile nicht nur zu parteipolitischen Schaukämpfen auf dem Rücken von Nicht-Wählern schändlich mißbraucht wird, sondern auch erschreckend viel Unverdautes, Trübes, Dumpfes und Hundsgemeines ans Tageslicht dieser liberalen Republik schwemmt. Diese trübe Brühe findet ihr Alibi im grob die Tatsachen verzerrenden Stichwort „das Ausländerproblem“. Jeder kann sich in Ruhe aussuchen, was sein ganz persönliches Ausländerproblem ist. (Vorwärts 25.3.1982, S. 23)

8 Assoziations-Topos

Eben erst und auch nur mal eben so haben sich die Deutschen an die Ausländer gewöhnt, die sie selbst ins Land geholt haben [...]. Das Gemenge fremder Kulturkreise [...] erscheint nun vielen doch zuviel. Und bei manch einem klingt das Wort Asylant wie Simulant oder Bummelant. (DER SPIEGEL 28.7.1986, S. 27)

9 Indikator-Topos

[...] ist der Begriff multikulturelle Gesellschaft kein neuer, hoffnungsvoller Lösungsansatz, sondern ein ausgesprochenes Alarmsignal! [...] Die multikulturelle Gesellschaft setzt dagegen auseinanderstrebende Kräfte frei, führt in Konflikte hinein, zerstört den Grundkonsens zur Lösung von Problemen und wird damit zwangsläufig tendenziell intolerant und unfriedlich. (Stoiber, Edmund 1989: Liegt Deutschlands Zukunft in einer multikulturellen Gesellschaft? In: Botschaft und Dienst Nr. 2, S. 19–22)

II Textbeispiele für Argumentationsmuster (Topoi) aus dem Einwanderungsdiskurs

1 Nutzen-Topos

Die neue Völkerwanderung. Warum die deutsche Wirtschaft fremde Arbeitskräfte braucht (RHEINISCHER MERKUR 30.11.1973)

[...] daß es für unsere Wirtschaft, unsere Sozialstruktur, für das politische Klima und generell für unser Volk auch nicht den geringsten Nutzen bringen kann, zehn Millionen Ausländer aufzunehmen. (WELT AM SONNTAG 26.8.1973)

Nur wenige sind sich darüber klar, daß man kaum noch in einer der größeren deutschen Städte leben und arbeiten könnte, wenn es nicht seit langem und auf weitere Dauer die fremdländischen Arbeitskräfte beim Reinigungsamt gäbe, die Kehler und Mülltonnenschlepper, die Toilettenreinigerinnen und Putzfrauen in allen Schulen, Behörden und Firmen. (SZ 16.4.1981)

2 Humanitäts-Topos

Politisch und menschlich ist es unverantwortlich, Leute aus der Verwurzelung in ihrer Heimat herauszureißen, sie hierher zu holen und wieder abzuschieben, wenn wir sie nicht mehr brauchen. (RP 17.10.1972)

Wenn ausländische Arbeitnehmer je nach Konjunkturlage hin- und hergeschoben werden, widerspricht das ihrer Menschenwürde. (Stellungnahme des Diakonischen Werkes der Evangelischen Kirche, in: FR 24.6.1981)

3 Gerechtigkeits-Topos

Sie [SPD-Politiker] fanden das Genscher-Papier zudem unpraktikabel und erhoben politische Einwände, weil der Entwurf den Ausländern Grundrechte nimmt, die alle Deutschen beanspruchen können. (DER SPIEGEL Nr. 7/7.2.1972, S. 30)

[...] haben die Bundesregierung davor gewarnt, die hier lebenden ausländischen Arbeitnehmer und ihre Familien zu Sündenböcken für soziale und wirtschaftliche Probleme zu machen. Auch in schwieriger Zeit stünden ihnen die gleichen Schutzrechte zu wie Deutschen, erklärten bei einer ersten gemeinsamen Tagung Kirchenpräsident Helmut Hild (EKD), Weihbischof Klaus Dick (Katholische Bischofskonferenz) und Siegfried Balke (DGB). (FR 25.3.1983)

4 Gefahren-Topos

„Die Türken kommen – rette sich, wer kann“. Städte wie Berlin, München oder Frankfurt können die Invasion kaum noch bewältigen: Es entstehen Gettos, und schon prophezeien Soziologen Städteverfall, Kriminalität und soziale Verelendung wie in Harlem. (DER SPIEGEL Nr. 31/30.7.1973, S. 24)

Andernfalls, so hieß es gestern in Bonn, drohe als Folge des Berliner „Kreuzberg-Syndroms“ in vielen Großstädten eine „soziale Explosion“. (RP 6.6.1981)

5 Belastungs-Topos

Der Münchner OB [Kronawitter (SPD)] befürchtet, daß die „Integrationskraft“ der bayerischen Landeshauptstadt zur Aufnahme von ausländischen Bürgern „allmählich“ erschöpft sei. (SZ 8.9.1973)

Zur Politik gegenüber Ausländern erklärten die Arbeitgeber, daß es sich heute nicht mehr um das Problem des „Gastarbeiters“ handle, das in erster Linie von den Arbeitgebern gelöst werden müsse, „sondern um die Tatsache einer Ausländerschwemme, die die gesamte Infrastruktur erheblich belastet.“ (FR 14.7.1981)

6 Mißbrauchs-Topos

Es dürfe kein Zweifel darüber bestehen, daß wirklich politisch Verfolgte in der Bundesrepublik Asyl finden können, aber einem Mißbrauch des Asylrechts müsse energisch begegnet werden. (NEUE OSNABRÜCKER ZEITUNG 25.2.1982)

Womöglich war es der Ansturm der Asylanten, die letztthin zu Zehntausenden in der Bundesrepublik um politischen Schutz einkamen und meist doch nur Arbeit suchten, war es diese Minderheit unter der Minorität der Fremden, die dem gerade erst ausbalancierten Gemenge von Sitten und Gesichtern wieder das Gleichgewicht nahm. (DER SPIEGEL Nr. 38/15.9.1980, S. 20)